

zu werden an tibetischen Hochschulen beispielsweise Fernlehrgänge für Lehrer finanziert.

In der mittelfristigen Planung zur weiteren Informatisierung des tibetischen Bildungswesen sind bis 2010 u.a. für die Sekundarstufe II mit Computern ausgestattete Unterrichtsräume, multimedial ausgestattete Klassenräume sowie Sprachlabore vorgesehen. Schwerpunktschulen soll darüber hinaus der Internetzugang ermöglicht werden. Unterrichtsräume in der Sekundarstufe I sollen flächendeckend mit Computern, und Schulen mit Sprachlaboren ausgestattet werden. Für alle Grundschulen auf Dorf- und Gemeindeebene ist ferner ein Zugang zur modernen Fernbildung vorgesehen, außerdem soll die Hälfte der Schulen Computerräume bekommen.

Mit zusätzlichen Investitionen in die Informatisierung der tibetischen Bildung soll einerseits die Bildungsqualität der tibetischen Bevölkerung allgemein verbessert werden und bessere Entfaltungs- und Entwicklungsmöglichkeit für Fach- und Führungskräfte gegeben werden. Andererseits könne auf diese Weise die enorme Marktnachfrage entwickelt werden, die das moderne Informationszeitalter im Bildungsbereich mit sich bringt. Außerdem könne Bildung ein neuer Einflussfaktor für das Wirtschaftswachstum in Tibet sein und somit den wirtschaftlichen Aufschwung Tibets fördern, so ein Bericht in der *Guangmin Ribao*.

Angesichts des insgesamt niedrigen Bildungsniveaus in der Autonomen Region Tibet scheint jedoch Zweifel an der relativ kurzfristig angesetzten Umsetzung dieser ehrgeizigen Ziele angebracht zu sein. Bevor der Schritt in das Informationszeitalter für das tibetische Bildungswesen umfassend vollzogen werden kann, sollte zunächst die Lösung einiger seiner Grundprobleme Priorität besitzen. So weist die Autonome Region Tibet trotz der zentralstaatlichen Unterstützung in den letzten 40 Jahren mit über 40% immer noch die höchste Analphabetenrate in der VR China auf. (GMRB, 27.8.05)

Gesellschaft

Günter Schucher

23 Weißbuch zur Gleichberechtigung von Frauen veröffentlicht

Am 24. August hat das Informationsbüro des Staatsrates ein Weißbuch veröffentlicht, das sich mit der Gleichberechtigung und Entwicklung der chinesischen Frauen befasst. Das Dokument, das am Tag darauf auch in der *Volkszeitung* abgedruckt war, soll aus Anlass des zehnten Jahrestages der Beijinger Frauenkonferenz (Beijing +10) in neun Abschnitten die erreichten Fortschritte bei der Verwirklichung gleicher Rechte für die Frauen aufzeigen. Es beginnt mit dem Hinweis auf die Rolle des Staates, der nicht nur strategische Ziele wie die „Outline for the Development of Chinese Women (2001-2010)“ formuliert, sondern mit dem National Working Committee on Children and Women (NWCCW) beim Staatsrat auch ein Organ zur Koordinierung und Umsetzung dieser Ziele eingerichtet hat. Eine große Rolle dabei komme außerdem den regierungsnahen Nichtregierungsorganisationen, zuvorderst dem Frau-

enverband, zu. Im letzten Abschnitt werden die rechtlichen Vorschriften und Gesetze genannt, die seit 1949 zum Schutz der Frauen erlassen wurden.

In den übrigen Abschnitten geht es um die Rolle der Frauen in unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen und den Stand der bereits erreichten Gleichstellung. So gebe es z.B. viele politische Maßnahmen, um die Frauen bevorzugt zu beschäftigen oder ihnen mit Hilfe von Kleinkrediten den Start eines Einzelgewerbes zu ermöglichen. Daher sei Zahl und Anteil der Frauen an den Beschäftigten in den letzten zehn Jahren relativ hoch geblieben, auch stellten sie einen beachtlichen Teil der Eigentümer von Kleinen und Mittleren Unternehmen sowie von kaufmännischen und technischen Fachkräften (s. Tab. 1). Auf dem Lande sind sie i.J. 2003 den Männern bei der Pachtung von Land gleichgestellt worden.

Die Zahl der Armen, betont der Bericht, ist von 80 Mio. im Jahre 1994 auf 26,1 Mio. i.J. 2004 gesenkt worden; die Mehrzahl davon seien Frauen gewesen. Ihnen gelte staatlicherseits beim Monitoring der Armutsbekämpfung ein besonderes Augenmerk.

Deutlich sei der Fortschritt auch im politischen Bereich, wo die Frauen nicht nur rechtlich gleichgestellt sei-

Tabelle 1: Frauen und Wirtschaft

	Anzahl der Frauen (Mio.)	Anteil der Frauen (%)	Veränderung
Städtische und ländliche Beschäftigte	337	44,8	
Beschäftigte in städtischen Einheiten	42,27	38,1	
Eigentümer kleiner und mittlerer Unternehmen		20	60% davon haben ihre Tätigkeit in den letzten 10 Jahren aufgenommen
Kaufmännische und technische Fachkräfte in staatseigenen Unternehmen und Institutionen		43,6	+6,3% gegenüber 1995

Tabelle 2: Frauen und Politik

	Anzahl der Frauen (Mio.)	Anteil der Frauen (%)	Veränderung
Nationale Volkskongresse aller Ebenen: Delegierte		>20	
10. Nationaler Volkskongress: Delegierte		20,2	
Ständiges Komitee des NVK		13,2	+0,5% gegenüber dem 9. NVK
KP Chinas: Mitglieder	12,956	18,6	+3% gegenüber 1995
16. Parteitag: Delegierte		18	+1,2% gegenüber dem 15. PT
16. Zentralkomitee der KPCh		7,6	+0,3% gegenüber dem 15. ZK
Kader auf Gemeinde- und Präfektorebene (2004)		16,9	+4,3% gegenüber 1995
Bürgermeister und Stellvertreter	368		
Kader auf und oberhalb der Provinz- bzw. Ministeriumsebene		9,9	+2,8% gegenüber 1995
Öffentlicher Dienst (2003)		27,8	
Beschäftigte beim ZK der KPCh und in der Zentralregierung		37,7	
Nachbarschaftskomitees (2004)	237.000	55,8	
Dorfkomitees (2004)	443.000	15,1	

en, sondern auch zunehmend Positionen in politischen Institutionen und Entscheidungsgremien sowie im öffentlichen Dienst einnehmen (s. Tab. 2).

Im Bildungsbereich habe man die Lücke bei der Einschulungsrate von Mädchen zu Jungen für die Grundschule von 0,7% (1995) bis auf 0,04% schließen können (beide Raten liegen mit 98,97% für Jungen und 98,93% für Mädchen im internationalen Vergleich sehr hoch, berücksichtigen aber nicht die Zahl der Schulabbrecher). Große Aufmerksamkeit sei auch der Bekämpfung des Analphabetentums bei Frauen gewidmet worden. Die Analphabeterate bei den Frauen ab 15 Jahren lag 2004 bei 8,2% (auf dem Lande bei 16,9%), was gegenüber 1995 ein Absinken um 5,7% (bzw. 10,5%) bedeutet.

Fortschritte vermeldet das Weißbuch außerdem in den Bereichen Gesundheit und Familie. So sei die Zahl der Todesfälle im Kindbett von 1995 bis 2004 von 61,9 auf 48,3 per 100.000 Geburten gefallen. Dank besserer gynäkologischer Behandlung (37,3% der verheirateten Frauen unter 65 Jahren haben sie 2004 in Anspruch genommen) und anderer Gesundheitsmaßnahmen (wie z.B. Sexualerziehung für Teenager) sei die Lebenserwartung von Frauen auf 74 Jahre (2003) gestiegen. Auch würde man verstärkt das Problem der steigenden AIDS/HIV-Infektionen bei Frauen angehen. In den Familien seien Frauen Männern gleichgestellt und häusliche Gewalt sei verboten worden (s. nachfolgende Dok).

Auch die Umweltbedingungen würden verbessert, wobei Frauen daran aktiv beteiligt seien. Von 2001 bis 2004 habe die Zentralregierung

9,7 Mrd. Yuan ausgegeben, um die Trinkwasserversorgung auf dem Lande zu verbessern und 6,9 Millionen Frauen mit sauberem Wasser zu versorgen.

Das Weißbuch verweist seiner propagandistischen Funktion gemäß vor allem auf Verbesserungen und Fortschritte in der Lage der Frauen und nur die unterschiedlichen Prozentzahlen geben indirekt Hinweise auf Problembereiche. Verschlechterungen wie z.B. in der Erwerbsbeteiligung oder im Gesundheitsbereich können nur erahnt werden. Einzig das Schlusswort gibt zu erkennen, dass sich die Regierung durchaus bewusst ist, dass noch vieles zu tun bleibt. Hier wird die ungleiche Entwicklung in den Regionen sowie – durch Einkommensdifferenzierung – zwischen Frauen verschiedener sozialer Gruppen angesprochen. (www.china.org.cn/e-white/20050824/index.htm; RMRB, 25.8.05)

24 Schutz der Frauenrechte erweitert

Das Ständige Komitee des Nationalen Volkskongresses hat am 28. August Ergänzungen zum „Gesetz zum Schutz der Rechte und Interessen der Frauen“ verabschiedet, die am 1. Dezember in Kraft treten werden. Die größte Aufmerksamkeit in der Presse erreichten dabei Klauseln, die die sexuelle Belästigung von Frauen unter Strafe stellen und Frauen berechtigen, bei Arbeitgebern und Behörden Klage zu führen. Andere Änderungen zielen auf die stärkere Berücksichtigung von Frauen im politischen und wirtschaftlichen Bereich sowie auf das Verbot von häuslicher Gewalt.

Sexuelle Belästigung von Frauen wird in verschiedenen Untersuchungen als ernstes Problem beschrieben. So gaben von 8.000 Chinesen, die von zwei großen Medienunternehmen befragt wurden, nur 22% der Männer, aber 79% der Frauen an, schon mal belästigt worden zu sein. Nach anderen Befragungen erlitten fast 40% der Frauen in privaten und auslandsfinanzierten Unternehmen und 70% der Frau-

en im Dienstleistungssektor sexuelle Belästigungen.

Ein mindestens ebenso großes Problem stellt die häusliche Gewalt dar; von ihr sind dem Frauenverband zufolge 30% aller chinesischen Familien betroffen – und in 95% dieser Fälle sind Frauen die Opfer. Von den 270 Millionen Familien in China brechen jedes Jahr über 100.000 wegen häuslicher Gewalt auseinander, in der Provinz Shandong sind 28% aller Scheidungsfälle auf sie zurückzuführen. Auch ist sie Ursache von Gewaltverbrechen: Ebenfalls in Shandong stehen 54% der Verbrechen von Frauen im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt. Die Häufigkeit scheint dabei zu steigen, zumindest in der Provinz Guangdong, wo sich der Anteil der gewaltbedingten an allen Eheproblemen von 1999 bis 2001 von 8,2% auf 17,5% verdoppelte. Noch mehr als Erwachsene sind jedoch Kinder von häuslicher Gewalt betroffen – der Chinese Law Society zufolge 70% der Kinder gegenüber 34% der Erwachsenen.

Bis zur vierten Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing hatte die Frage der häuslichen Gewalt in China kaum Beachtung gefunden, sie fand dann aber 2001 Eingang in das revidierte Heiratsgesetz. Seitdem wurden Regeln und Maßnahmen dagegen in 22 chinesischen Provinzen erlassen. Allerdings gibt es bis heute kein Gesetz wie in über 40 anderen Ländern. Nur drei Provinzen und eine Autonome Region (Shandong, Hunan, Sichuan, Ningxi Hui Autonomous Region) haben Gesetze beschlossen.

Kritisiert wurden die Ergänzungen zum Frauenschutzgesetz sowohl von einer Forscherin bei der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften als auch vom *Economist* für ihre Allgemeinheit: Es fehlen konkrete Definitionen für sexuelle Belästigung und häusliche Gewalt. Das Gesetz, so der *Economist*, stelle daher ein „Stück zahlosen Symbolismus“ dar (siehe dazu auch die folgenden Dok). (Text in RMRB, 14.9.05; XNA, 3., 13.4., 3.5., 12., 19., 28.8., 6.9.05; SCMP, 8.8.05; *Economist*, 3.9.05)

25 Steigende Scheidungsrate

Im Zusammenhang mit der Revision des Gesetzes zum Schutz der Frau wurde auch über die steigende Scheidungsrate in China berichtet. Im Jahre 2004 wurden 1,614 Millionen Ehen geschieden, 21,2% mehr als im Vorjahr. In Guangzhou verdoppelte sich die Zahl der Scheidungen sogar: In der Zeit vom November 2003 bis zum März 2004 stieg sie gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum von 2.168 auf 4.996. Die Zahl der Heiraten stieg demgegenüber in China nur gering, sie lag 2004 um 2,8% höher als 2003. Während einige Kommentatoren darin etwas Besorgnis erregendes sehen, weisen andere darauf hin, dass es sich um ein Ergebnis größerer persönlicher Freiheiten und Privatheit handelt.

Als wesentlich für die Zunahme an Scheidungen wird im Allgemeinen die Vereinfachung der Registrierungsverfahren für Ehen im Oktober 2003 angesehen. Vorher hatten Paare ein Schreiben ihrer Arbeitseinheit benötigt, um sich scheiden zu lassen. Seitdem reicht die Übereinstimmung beider Partner, sodass Scheidungen in 10 Minuten zu einer Gebühr von 10 Yuan vollzogen werden können. Aber dieser Rückzug des Staates aus der Privatsphäre ist nur ein Grund, hinzu kommt der gesellschaftliche Strukturwandel, der auch zu veränderten Einstellungen zur Ehe, zum ehelichen Glück, zu sexueller bzw. zu persönlicher Freiheit führt. (SCMP, 8.2.05; FT, 22.3.05; XNA, 19.8.05; ST, 20.9.05)

26 Menschenhandel

Seit 1992 verbietet das Gesetz zum Schutz der Rechte von Frauen den Handel mit und das Kidnappen von Frauen und bedroht Kidnapper, die junge Frauen der Zwangsprostitution ausliefern, mit der Todesstrafe. Dem „Bericht über Menschenhandel“ des US-Außenministeriums vom Juni 2004 zufolge untersuchte die chinesische Regierung von 2001 bis 2003 20.360 Fälle, rettete 43.215 Frauen und Kinder und verhaftete 22.018 Menschenhändler. Die chine-

sische Polizei vermeldete für 2003 einen Rückgang um 27% und gab an, dass sie 3.999 Verdächtige verhaftet und 774 „snakeheads“, also Anführer von Menschenhändlerbanden, bestraft habe.

Im August meldete das *Wall Street Journal*, dass zwei Gangführer in der Provinz Fujian zum Tode verurteilt worden sind, die 82 Kinder ihren Eltern abgekauft und nach Singapur verkauft haben sollen. Obnehin werden die Kinder nicht unbedingt gekidnappt, sondern häufig von ihren in Armut lebenden Eltern verkauft (als Herkunft häufiger genannt werden die ärmeren Provinzen Sichuan, Guangxi, Yunnan und Guizhou). Die Preise sollen zwischen 5.000 und 15.000 Yuan liegen, je nachdem ob es sich um Mädchen oder Jungen handelt. Mädchen werden dabei nach Angaben der Polizei auf Grund der niedrigeren Preise und großer Nachfrage immer „beliebter“, in einigen Gebieten sind 80% der gehandelten Kinder Mädchen. Da sie von den Eltern verkauft werden, melden sich diese auch nicht, wenn die Kinder aus den Händen der Banden befreit wurden.

Generell ist der meiste Handel innerchinesisch, aber China könnte sich nach Aussagen des U.N. Children's Fund auch zum Umschlagplatz für den regionalen Handel in Asien entwickeln; es ist Quelle, Transitplatz und Zielland zugleich. Das US-Außenministerium erkennt zwar bedeutende Anstrengungen und die Zusammenarbeit mit NGOs und internationalen Organisationen an, sagt aber gleichzeitig, dass China die Minimalstandards für die Beseitigung von Menschenhandel nicht voll erfüllt. (*Trafficking in Persons Report. June 2004*, <http://www.state.gov/documents/organization/34158.pdf>; WSJ, 12.8.05; SCMP, 4.8.05)

27 Behörden veranlassen Zwangssterilisationen

Seit Beginn der Familienplanungspolitik hat es immer wieder Berichte über Zwangsabtreibungen und -sterilisationen sowie andere Men-

schenrechtsverletzungen gegeben. Menschenrechtsgruppen außerhalb Chinas werfen dabei den Regierungen in China vor, diese Praktiken zu veranlassen oder zumindest zu tolerieren.

Mit der Entsendung von Untersuchungsgruppen in die Stadt Linyi in der Provinz Shandong Anfang September hat die Nationale Kommission für Bevölkerung und Familienplanung (NPFPC) auf Berichte reagiert, die der dortigen Regierung schwere Verstöße gegen die Familienplanungspolitik vorwarfen. Auf Anregung eines lokalen Rechtsanwaltes hatte Teng Biao, ein Lehrer an der Universität für Politik und Recht in Beijing, im August in der Millionenstadt Linyi Umfragen durchgeführt und festgestellt, dass die Lokalregierung nicht nur Frauen, die mit einem zweiten Kind schwanger waren, zur Abtreibung gezwungen hat, sondern auch mit verschiedenen Methoden massiven Druck auf Widerspenstige ausgeübt hat. So sollen insgesamt rund 130.000 Schwangere und deren Angehörige zwangsweise zu „Studiensitzungen“ gesandt worden sein, die von einem bis 40 Tagen dauern konnten. Dabei waren sie unter menschenunwürdige Bedingungen zusammengepfercht und wurden z.T. bis zu 50 Mal geschlagen. Da auch Verwandte und der Verletzung der Ein-Kind-Politik Verdächtige festgenommen wurden, war letztlich fast jeder Haushalt in Linyi betroffen. Über „Gebühren“ für die „Schule“ in Höhe von 100 Yuan verschafften sich die Beamten außerdem illegal Einnahmen. Die Untersuchungen waren Ende September noch nicht abgeschlossen, aber die NPFPC hat bereits bestätigt, dass es zu „Irregularitäten“ gekommen ist. Verantwortliche Beamte sollen entlassen oder verhaftet worden sein.

Zeitgleich, aber nicht in explizitem Zusammenhang mit diesem Fall betonte der für die NPFPC verantwortliche Minister Zhang Weiqing bei einem Workshop in Qingdao/Shandong, dass China an seiner Familienplanungspolitik festhalten werde. Im Jahre 2004 sei man versuchsweise dazu übergegangen,

die Einhaltung der Politik mit Prämien zu belohnen. Über 310.000 Bauern haben so im letzten Jahr Gelder in Gesamthöhe von 200 Mio. Yuan erhalten. Schärfer vorgehen will China außerdem gegen medizinisch nicht notwendige Feststellungen des Geschlechts von Ungeborenen, die als Verbrechen strafbar gemacht werden sollen, da sie die Ursache für illegale Abtreibungen von Mädchen und damit auch für das wachsende Ungleichgewicht von Mädchen und Jungen in China sind. (Kyodo News Service, 5.9.05, in BBC PF, 6.9.05; XNA, 9., 16.9.05; SCMP, 20.9.05; ST, 21.9.05; IHT 18., 28.2.05)

28 Einkommensunterschiede wachsen

Ein Untersuchungsbericht, der vom „Lohn-Forschungs-Institut“ des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherung gemeinsam mit der Akademie für Sozialwissenschaften erstellt wurde und auf die ständig wachsenden Einkommensunterschiede verweist, hat seit Juni 2005 breiten Niederschlag in chinesischen Medien und nach einem Bericht der *China Daily* auch in der internationalen Presse gefunden. Danach hat die Einkommenskluft bereits die Warnstufe „Gelb“ erreicht und wird – sollte es keine effektiven Gegenmaßnahmen geben – bis zum Jahre 2010 auf „Rot“ stehen.

Die städtischen Einkommen steigen derzeit mit 8-9% pro Jahr doppelt so schnell wie die ländlichen, aber auch auf dem Lande und in den Städten gibt es Besorgnis erregende Differenzen. Lag 2004 das ländliche durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen im Jahr bei 2.936 Yuan, so war das städtische mit 9.422 Yuan mehr als dreimal so hoch; und der durchschnittliche Bauer verdiente 3,39 Mal so viel wie der arme Bauer (nach der staatlichen Armutsdefinition) – 1992 betrug der Unterschied nur das 2,45fache. Dem Nationalen Statistikbüro zufolge verfügten im Juni 2005 die reichsten 10% der chinesischen Bevölkerung über 45% des nationalen Reichtums, die ärmsten 10% dagegen teilten sich 1,4%. Da-

bei lässt sich Armut durchaus in unmittelbarer Nähe zum Reichtum finden: So liegt rund um Beijing und Tianjin der „Armutsgürtel“ der Provinz Hebei mit 24 armen Gemeinden, in denen 1,8 Millionen Menschen leben. Während die Bauern in den Beijinger Vororten 7.000 Yuan pro Kopf im Jahr verdienen, haben die in den Hebeier Gemeinden weniger als 2.000 Yuan. Teilweise haben sie ihr Wohlergehen sogar den Beijinger Bürgern „geopfert“, wurden doch in den umliegenden Gemeinden Industriebetriebe geschlossen, um durch Einsparung von Wasser- und Stromverbrauch die Versorgung der Hauptstadt zu sichern.

Das Einkommensgefälle wird auch in Zusammenhang mit sozialen Protesten gesehen, die laut Regierungsberichten ebenfalls zugenommen haben. Sie entzündeten sich aber vor allem an konkreten Fällen von Umweltverschmutzung, Landenteignungen, Entlassungen, Preissteigerungen und Korruption. Zhou Yongkang, Minister für Öffentliche Sicherheit, berichtete der Agentur Reuters im Juli, dass es im Jahre 2004 74.000 „Massenvorfälle“ gegeben habe, die Bezeichnung für Unruhen, Proteste und Demonstrationen. Im Jahr zuvor betrug die Zahl noch 58.000, zehn Jahre vorher nur 10.000. Die *Volkszeitung* hat daraufhin eine Kampagne unter der Überschrift „Die Stabilität erhalten, um die Entwicklung zu beschleunigen“ gestartet. Aber die Regierung ergreift auch direkte Maßnahmen: So sollen in 36 Städten Spezialeinheiten der Polizei zur Bekämpfung von Aufständen gebildet werden. (XNA, 26.8., 20.9.05; SCMP, 23.8.05; IHT, 24.8.05; NZZ, 6.9.05)

29 China „sichert seine Kultur“

Neue Regeln für private Investitionen im chinesischen Medienbereich haben die weit reichenden Pläne ausländischer Medienkonzerne vorerst zerstört und dementsprechend harsche Reaktionen hervorgerufen. Selbst Rupert Murdoch, der sich den TV-Zugang für Star TV zur Provinz Guangdong und ausgewähl-

te Wohnbereiche (Ausländer-Wohnkomplexe und Hotels) bisher durch wohlwollende Zurückhaltung gegenüber der staatlichen Medienpolitik erkaufte hat, sprach von einer „Paranoia“ gegenüber ausländischen Medien.

Anfang August erließ die chinesische Regierung drei neue Regelwerke zum Import kultureller Produkte, zur Nutzung ausländischen Kapitals im Kultursektor und zu privaten Investitionen im kulturellen Bereich. Sie begründete diese Regularien mit der Notwendigkeit, den chinesisch-ausländischen Kulturaustausch zu ordnen und die „kulturelle Sicherheit“ Chinas zu erhalten. Dabei geht es sicherlich auch um kommerzielle Fragen, denn das Handelsverhältnis von chinesischem Kulturexport zu ausländischem Kulturimport beträgt derzeit 1 zu 10,3. Ein chinesischer Bericht beziffert dieses „cultural trade deficit“ z.B. mit der Veröffentlichung von über 12.000 ausländischen Büchern in chinesischer Übersetzung in den letzten Jahren, denen nur 81 chinesische Bücher gegenüberstehen, die im Ausland aufgelegt wurden. Aber ausländische Kommentare verweisen vor allem auf das gestiegene nationale Selbstbewusstsein gegenüber ausländischer Bevormundung sowie auf die Verhärtung des politischen Klimas und verstärkte Zensuranstrengungen. Sie nennen daher die neuen Regeln im gleichen Atemzug mit der Verurteilung eines Journalisten (nach Aufdeckung mit Hilfe von Yahoo).

Kritisiert wird besonders das Dokument über „Several Proposals on Absorbing Foreign Investments in the Culture Industry“, das gemeinsam von fünf Ministerien verfasst wurde und ausländischen Investoren die Einrichtung und das Betreiben von „news organizations, broadcasting stations, TV stations and film manufacturing companies, performing troupes, film imports, exports and distribution“ verbietet. Nicht erlaubt sind weiter das Publizieren von Büchern und Zeitschriften sowie Großhandel und Import in diesem Bereich. Geregelt werden auch Joint Ventures, in denen die

chinesische Seite mindestens 51% halten muss.

Diese Regeln werden als „dramatische Abkehr“ von liberaleren Vorschriften gesehen, die erst vor einem Jahr erlassen wurden und bei den inzwischen 31 in China tätigen ausländischen Medienfirmen zu Hoffnungen über eine weitere Marktöffnung führten. Vor allem hofften sie, über Guangdong hinaus mit weiteren lokalen Sendern Vereinbarungen treffen zu können. Doch auch dies wurde im Juli abgeblockt, als städtischen und Provinz-Sendeanstalten die Kooperation mit ausländischen Firmen und die Vergabe von Kanälen an diese untersagt wurde und die ausländischen Anstalten auf ein einziges Programm-Joint-Venture begrenzt wurden. Zu den einschränkenden Maßnahmen wird auch das Verbot vom letzten Jahr zum Gebrauch englischen Vokabulars in Fernsehprogrammen gezählt, das „westliche Ideologie und Politik“ fördere.

Mit Blick auf die Versuche der ausländischen Konzerne, die Lockerung für die Ausweitung lokaler Kooperationen zu nutzen, erklärte die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua: China „will not again allow a foreign satellite TV station to have landing rights in the country“. In der Tat wurden aktuelle Pläne von Disney und Viacom, in China Kanäle zu erwerben und über die beschränkten Bereiche hinaus zu senden, abgebrochen. (XNA, 4., 11.8.05; SCMP, 4.8.05; ST, 4.8.05; IHT, 4.8.05; NZZ, 5.8.05; FT, 19.9.05; www.cbiz.cn/news/printable.asp?id=2340);

30 Naturkatastrophen nicht mehr geheim

Überflutungen, Taifune, Dürren, Hagel- und Schneestürme, Erdbeben, Erdbeben und andere Katastrophen haben China im Jahr 2005 getroffen. Bis zum 20. September wurden dadurch 1.630 Personen getötet, 13,35 Millionen mussten evakuiert werden, 14.500 Häuser wurden zerstört und der wirtschaftliche Schaden belief sich auf 163 Mrd. Yuan (19,9 Mrd. US\$). Das gab das

Ministerium für Zivilangelegenheiten am 22. September bekannt. Es handelte damit auch im Sinne der neuen Richtlinie der National Administration of State Secrets, dass die Todeszahlen und Schäden von Naturkatastrophen nicht mehr als Staatsgeheimnis behandelt werden.

Dieser Neuregelung zufolge können die Folgen dieser Katastrophen, die nicht näher definiert wurden, jetzt bereits unmittelbar bekannt gegeben werden, ohne auf die offiziellen Angaben zu warten. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass damit wesentlich andere Daten veröffentlicht werden als bisher. Eine eventuell entscheidendere Folge der neuen Regelung könnte demgegenüber sein, dass es für lokale Kader schwieriger wird, die Folgen von Unfällen als Staatsgeheimnis zu verschleiern. (XNA, 22.9.05; IHT, 13.9.05)

31 Maßnahmen gegen Korruption im Kohlebergbau

Nur zwei Tage nach einem erneuten Grubenunglück, bei dem in Südchina 123 Bergleute in einem überfluteten Kohlebergwerk starben, gab die chinesische Regierung bekannt, dass bis Jahresende 7.000 Bergwerke wegen Sicherheitsmängeln geschlossen werden sollen. Gegen den z.T. erbitterten Widerstand von Grubenbesitzern wurden innerhalb kürzester Zeit bereits 1.324 Gruben geschlossen und einige gesprengt. Insgesamt sollen damit rund ein Drittel der ca. 24.000 Kohlebergwerke geschlossen werden, allerdings – so wird von Kommentatoren kritisiert – meist kleine. Die Kohleproduktion, so bestätigte auch die Regierung, dürfte insgesamt nicht beeinträchtigt werden.

Mit diesem Schritt will die Regierung offensichtlich demonstrieren, dass sie angesichts der stetig steigenden Unfallzahlen (im ersten Halbjahr 2005 starben 33% mehr Bergleute als noch im gleichen Zeitraum 2004) gewillt ist konsequenter durchzugreifen. Dies betonte auch Ministerpräsident Wen Jiabao, der am 31. August einem Staatsratstreffen vorsah, das nach Anhörung entsprechender Berichte „besondere Be-

stimmungen“ annahm, um die Produktionssicherheit in Kohlebergwerken zu erhöhen und so letztlich auch die soziale Stabilität zu sichern. Die Bestimmungen, die am 3. September in Kraft traten, definieren 15 große Gefahren, die zu Unfällen führen können. Damit soll es möglich sein, „größere versteckte Gefahren“ besser zu erkennen, was zum unmittelbaren Stopp der Produktion führen soll, und Unfälle im Vorfeld zu vermeiden. Zugleich wurden explizit Regeln für die Einstellung der Produktion und die Schließung von Minen bestätigt. Und letztlich sollen auch die Verantwortlichkeiten innerhalb und außerhalb der Unternehmen deutlicher festgelegt werden.

Ausdrücklich fordert der Staatsrat, die enge Zusammenarbeit von Beamten und Betreibern und deren „authority-for-money dealings“ zu zerschlagen und konsequent gegen Korruption vorzugehen. Insofern verbieten die Regeln auch Beschäftigten in Regierungen und Staatsunternehmen den Erwerb von Minenanteilen und drohen diesen bei Verstößen gegen die Regeln mit Bestrafung von der Degradierung bis zur Entlassung. Dennoch weigerte sich bisher laut *China Daily* „eine große Zahl von Beamten“ ihre Anteile abzugeben. Die genaue Zahl der Beamten, die Anteile besitzen, ist ohnehin nach Aussagen der State Administration of Work Safety derzeit nicht verfügbar. Die Abteilungen zur Überwachung der Disziplin seien derzeit dabei, entsprechende Daten auf Provinzebene zu erheben.

Da allerdings – auch nach dem Urteil chinesischer Medien – Bestechlichkeit und Profitgier lokaler Regierungskader zu den Hauptursachen für das ungesicherte Betreiben der Minen und die fehlende Vorsorge gegen Unfälle gehören und da angesichts hoher Kohlepreise die Bergwerke vielfach die größte Einkommensquelle der Städte und Kreise sind, ist kaum damit zu rechnen, dass die neuen Regeln den gewünschten Effekt haben werden. (XNA, 31.8.05, nach BBC EF, 2.9.05; XNA, 5.9.05; SCMP, 31.8., 6.9.05; ST, 1., 24.9.05; FAZ, 1.9.05)

Außenwirtschaft

Margot Schüller

32 Einigung zwischen der EU und China im Textilstreit

Nach verschiedenen Verhandlungsrunden einigten sich die EU-Kommission und die chinesische Delegation am 5.9.05 über neue Textilimportquoten für den Zeitraum 2005-2006. Der Kompromiss besteht darin, dass 50% der Textileinfuhren, die nun freigegeben werden, mit den Importquoten für das Jahr 2006 verrechnet werden.

Nachdem seit Jahresbeginn die Textileinfuhren aus China rasch gestiegen waren und die europäischen Textilhersteller eine Schutzklausel gefordert hatten, waren die Kommission und China nach längerer Diskussion im Juni d.J. zu einer neuen Textileinfuhrquote gekommen. Danach sollte der jährliche Anstieg der EU-Einfuhren aus China für 10 Kategorien von Bekleidung und Textilien bis Ende 2007 nur 8-12,5% ausmachen.

Es stellte sich jedoch schnell heraus, dass die vereinbarte Quote zu niedrig und so schnell ausgeschöpft war, dass sich zwischen 80-90 Millionen Kleidungsstücke und andere Textilprodukte – die meisten für die Weihnachtssaison bestimmt – in den Zolllagern der EU stapelten. Einfluss auf eine schnelle Ausschöpfung der Quoten hatte auch, dass die erforderliche EU-Verordnung erst am 12. Juli und die chinesischen Exportkontrollen erst am 20. Juli 05 in Kraft traten. Die Güter, die zwischen dem 11.6. und dem 12.7.05 in die EU eingeführt wurden, galten jedoch bereits als Teil der neuen Kontingente. Dabei handelte es sich nach Einschätzung einiger Beobachter oftmals nur um so genannte „Luftbuchungen“, d.h. eine künstliche Zuspitzung der Situation durch Anmeldung von Einfuhren, die später nicht ernsthaft abgerufen wer-

den, jedoch zu der schnellen Quotenausschöpfung führten.

Um eine Lösung in diesem Konflikt zu finden, reiste eine EU-Delegation am 24.8.05 nach Beijing. Verhandelt wurde außerdem noch kurz vor Beginn des EU-China-Gipfels, der Anfang September stattfand (s. folgende Dokumentation).

Eine Folge des ausgehandelten Kompromisses ist die Verteuerung der Einfuhren. Nach Einschätzung des Hauptgeschäftsführers des deutschen Textileinzelhandels wird ab Jahresende mit einem Preisanstieg von 3-7% gerechnet. Da der Wettbewerb in Deutschland im Textilhandel jedoch sehr intensiv ist, befürchten die Unternehmen, dass sie die Verteuerung nicht an die Verbraucher weitergeben können.

Weiterhin wird damit gerechnet, dass China über Drittstaaten Textilien in die EU liefert, sodass die südeuropäischen Staaten, die sich vor allem für neue Textileinfuhrquoten gegenüber China eingesetzt hatten, trotzdem nicht von dieser Handelsbeschränkung profitieren können.

Mit dem derzeitigen Kompromiss wurde eine Situation beendet, die für viele europäische Importeure sehr bedrohlich geworden war. So war die deutsche Modebranche stark von den Blockaden bei der Lieferung betroffen. Viele Unternehmen hatten Verträge vor der erneuten Einführung der Einfuhrquoten im Juni 05 abgeschlossen und waren nicht in der Lage, auf die Restriktionen durch die EU zu reagieren. Im Durchschnitt müssen nach Aussagen von Experten der Modebranche die Kollektionen 6-7 Monate im Voraus geordert werden. Nicht nur große Unternehmen traf die Blockade ihrer Einfuhren, sondern vor allem kleinere Unternehmen, die aufgrund der verspäteten Lieferungen ihre Insolvenz befürchten.

Während die deutsche Textilindustrie und der deutsche Modeverband für eine komplette Abschaffung der Quoten für Einfuhren aus China plädierten, vertraten innerhalb der EU nicht nur die neuen Beitrittsländer, sondern insbesondere Itali-